Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.
Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Beim Weihnachtsgeschäft klemmt's**
   Um die vorweihnachtliche Kauflaune der Deutschen ist es mies bestellt. Zu diesem Fazit kommt die Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im jüngsten Bericht zum Konsumklima. Grund seien die Sprünge bei Benzin, Heizöl und Lebensmitteln, die die Verbraucherpreise im November um drei Prozent hochtrieben. Das ist laut Statistischem Bundesamt die höchste Jahresrate seit 1994. Die von der GfK befragten 2000 Verbraucher zeigten sich zudem verunsichert, ob sich die Preisspirale weiter drehen wird. Der GfK-Indikator für das Konsumklima sank auf 4,3 Zähler für Dezember von 4,8 Punkten im Vormonat. Insbesondere bei größeren Abschaffungen zögerten die Kunden.
   Quelle: FR

   Anmerkung: *Und dabei setzen doch unsere Wirtschaftsexperten in ihren Konjunkturprognosen für das kommende Jahr doch alle auf die Steigerung der Binnennachfrage, die die rückläufige Weltkonjunktur doch auffangen soll.*

   Siehe auch:

   Deutsche halten das Geld beisammen
   Quelle: FTD

2. **Dumpinglöhne bei der Post**
   Die Deutsche Post überträgt nicht nur ihre Zustelldienste an Subunternehmer, sondern ersetzt auch Postämter durch sogenannte Postagenturen, um die Kosten zu senken. Doch mit ihrer Vergütungsstrategie bei den Postagenturen senkt die Post auch die Löhne der Angestellten, meist unter die geforderte Mindestlohngrenze.
   Quelle: MDR Fakt
3. **BILD: Mindestlohn? Dann gehen wir pleite!**
   Quelle: Bild Online

Anmerkung: *Bild schießt mal wieder gegen den Mindestlohn. Wieder einmal stellt sich die Frage, wer ist „wir“. Dass die Arbeitnehmer in vielen Branchen ohne Mindestlohn schon „pleite“ sind und auf staatliche Hilfe angewiesen sind, um zu überleben, interessiert nicht.*
Und natürlich kommen wieder die üblichen Experten Sinn, Zimmermann und Rürup zu Wort und damit die Propaganda nicht allzu sehr auffällt, darf auch noch Gustav Horn mal wieder die Minderheitenposition vertreten.
Quelle: Bild Online

4. **Die hohe Inflation frisst einen Großteil der Lohnerhöhungen auf und könnte deshalb den Konsum ausbremsen.**
Der Kieler Ökonom Joachim Scheide warnt davor, dass die Unternehmen die “Gunst der Stunde” für weitere Preiserhöhungen nutzen könnten.
Die hohe Inflationsrate wird nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbunds die Lohnsteigerungen der Tarifrunde 2007 praktisch aufzehren. “Die durchschnittlichen Tariflohnsteigerungen liegen in diesem Jahr bei 2,4 Prozent”, sagte DGB-Chefökonom Dierk Hirschel der “Berliner Zeitung”. “Das bedeutet, dass die Reallohnsteigerungen nur minimal ausfallen werden.”
Quelle: stern

Anmerkung: *Die Detail-Informationen des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung des Bruttoinlandspoduktes im 3. Quartal 2007 zeigen, dass sich die nominale Summe der Nettolöhne und Gehälter im 3. Quartal 2007 gegenüber dem 3. Quartal 2006 um 3,0% erhöht hat. Nach Abzug der Inflationsrate (2,1%) verbleibt ein geringes Plus in Höhe von lediglich 0,9%.*
Je Arbeitnehmer beträgt der nominale Anstieg der Löhne und Gehälter im Vergleich zum 3. Quartal 2006 magere 1,3%. Inflationsbereinigt ergibt sich sogar ein Minus in Höhe von -0,8%.
In diesen Zahlen spiegeln sich zwei Effekte wider:

- *die noch immer mäßigen Tarifsteigerungen, wobei die Tarifverträge im Westen nur noch für 70% und im Osten nur noch für 55% der Arbeitnehmer Gültigkeit haben (“Tarifflucht der Unternehmen),*
- *die schlechte Qualität vieler neuer Jobs (Leiharbeit, Minijobs, Teilzeitarbeit etc.). Für ein angeblich zweites “Boomjahr” ist die Entwicklung der Nettolöhne und Gehälter mehr als enttäuschend, insbesondere auch im Vergleich zu der weit überwiegenden Zahl der übrigen EU-Mitgliedsstaaten.*

5. **Robert von Heusinger: Preisalarm**
   Die Inflation steigt und steigt. Im November lag die Rate bei drei Prozent. So stark war der Preisanstieg seit 1994 nicht mehr. Muss Inflationsalarm gegeben werden? Mit zwei Ursachen lässt sich der Preisanstieg erklären: Zum einen mit der unnötig kräftigen Mehrwertsteuererhöhung, auf die rund ein Drittel des Preisanstiegs zurück zuführen ist. Zum anderen mit den heftigen Aufschlägen bei Öl und Lebensmitteln, die für ein weiteres Drittel stehen. Der Preisauftrieb, der aus der Dynamik der Wirtschaft selbst kommt, liegt bei rund einem Prozent – weil die Löhne nicht anziehen.
   Was kann eine Notenbank, die ja die eigentliche Verantwortung für die Preise trägt, gegen die beiden Hauptursachen tun? Nichts.
   Quelle: FR
6. **Traurige Weihnachten – Immer weniger für Hartz IV-Empfänger**
   Butter, Brot, Milch – Lebensmittel sind bis zu 40 Prozent teurer geworden. Der Preisschub trifft Hartz-IV-Empfänger besonders. Laut Frontal21-Recherchen müsste der Hartz-IV-Regelsatz um 26 Euro steigen – allein, um den Kaufkraftverlust auszugleichen
   Die siebenköpfige Familie Matz-Tiefenberg lebt seit über drei Jahren von Hartz-IV. Ronald Matz, 40, macht eine Umschulung zum LKW-Fahrer, nachdem seine Kneipe pleite ging. Martina Tiefenberg, 39, arbeitet nebenher als Reinigungskraft. Zusammen mit ihren Kindern Louis, 12, Luna, 9, Leni, 8, Laurine, 6, und Leo, 4, beziehen sie Hartz IV und Kindergeld in Höhe von 2.294 Euro monatlich, Zuschüsse für die Miete sind darin schon enthalten.
   Sparen für die Weihnachtsgeschenke: Ronald Matz erfährt das Tag für Tag. Besonders für die Berechnung des Hartz-IV-Satzes für Kinder hat er kein Verständnis. Während ihm und seiner Partnerin je 90 Prozent des Regelsatzes anerkannt werden, erhalten seine Kinder bis zum 14. Lebensjahr sogar nur 60 Prozent – und das, obwohl sie ständig aus Kleidungsstücken und Schuhen herauswachsen. So spart Matz, wo er kann. Neulich hat er sich ein Paar Schuhe für 15 Euro gekauft – vom Ersparten will er seinen Kindern Weihnachtsgeschenke kaufen.
   Quelle 1: ZDF-Frontal 21 [PDF – 52 KB]
   Quelle 2: ZDF-Mediathek (Video)

   Anmerkung Martin Betzwieser: *Der Beitrag enthält einige durchaus nützliche Informationen. Allerdings sind die Zustände Folgen einer Politik, die auch von den Frontal21ern immer wieder propagiert wurde. Insbesondere zu Schröders Zeiten wurde immer die übliche These verbreitet: Wer Arbeit will, findet auch welche. Die vorweihnachtliche Betroffenheitsinszenierung und die Portraitierung einer sozial-exotischen Familie mit fünf Kindern hinterlässt ebenfalls einen unangenehmen*

Beigeschmack.

7. **Michael Dauderstädt: Eine europäische Einkommenspolitik für mehr Wachstum und Gerechtigkeit**
   Die EU-27: Ungleicher als die USA, fast so ungleich wie China. Die Einkommen in der 27 Mitglieder umfassenden Europäischen Union (EU) sind äußerst ungleich verteilt. Die ärmsten 20% der EU-Bevölkerung verdienen 4,5% des Bruttoinlandsprodukts. Das ist relativ weniger als die ärmsten 20% in Indien (8,1%) oder den USA (5,1%) und nur geringfügig mehr als in China (4,3%). Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sank und die Lohnspreizung nahm zu.
   Quelle: FES [PDF – 176 KB]
8. **IMK: Forcierte Angebotspolitik löst keinen zusätzlichen Investitionsschub aus – Ein Zyklenvergleich**
   Ein wesentliches Merkmal von Aufschwüngen ist, dass sie von den Investitionen getragen werden. Dies ist nicht nur für die jeweils aktuelle Dynamik von Bedeutung. Investitionen beeinflussen auch die Produktionsmöglichkeiten der Zukunft. Soll sich ein Aufschwung nachhaltig positiv auf Produktion und Beschäftigung auswirken, sollte er von einer starken Investitionsdynamik getragen werden.
   Die Investitionen weisen im Zyklenvergleich bei den Bauinvestitionen markante Unterschiede auf, bei den Ausrüstungsinvestitionen heben sie sich aber nicht vom letzten Zyklus ab.
   Damit erweist sich, dass die forcierte Angebotspolitik die vor allem zu Beginn des Jahrzehnts praktiziert wurde nicht zu einem zusätzlichen Investitionsschub geführt hat. Im internationalen Vergleich weist Deutschland seit Jahren weiterhin einen beträchtlichen Rückstand auf.
   Wer die Investitionen wirklich fördern will, muss auch stabile positive Absatzerwartungen schaffen. Das bedeutet: Auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist ein zentrales Element von Investitionsmotiven, nicht nur Kostendämpfung.
   Quelle: IMK [PDF – 284 KB]

   Anmerkung: *Stagnierende Löhne, Senkung der „Lohnnebenkosten, eine Unternehmenssteuersenkung nach der anderen, steuerliche Förderung von Investitionen, Sozialabbau, Senkung der Staatsquote, Deregulierung des Arbeitsmarktes, eigentlich das gesamte angebotspolitische Instrumentarium wurde doch eingesetzt, und dennoch gab es keinen Investitionsschub.*
   Leider dürfte auch das Ergebnis dieser Studie nicht als ein Scheitern der vorherrschenden angebotsorientierten Wirtschaftspolitik verstanden werden, sonder unsere Experten, werden nur wieder einmal eine Erhöhung der Dosis ihrer

gescheiterten Medizin verlangen.

9. **DGB-Studie: Junge Beschäftigte besonders häufig von prekärer Arbeit betroffen**
Die Studie belegt u.a., dass 53 Prozent der jungen Beschäftigten trotz ihrer kurzen Erwerbsbiographie bereits mindestens einen befristeten Arbeitsvertrag hatten, während es in der Vergleichsgruppe der über 30-Jährigen „nur" 33 Prozent sind. Auch von Zeitarbeit sind Jüngere überdurchschnittlich häufig betroffen: 15 Prozent der unter 30-Jährigen gegenüber acht Prozent der Älteren.
99 Prozent der Befragten ist ein ausreichendes, leistungsgerechtes Einkommen wichtig oder sehr wichtig. Doch Wunsch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander: 38 Prozent der jüngeren Beschäftigten erhalten ein monatliches Bruttogehalt von unter 1500 Euro – trotz Vollzeitarbeit.
95 Prozent der unter 30-Jährigen wünschen sich Arbeitsplatzsicherheit.
Es müsse Politik und Unternehmer aufrütteln, wenn über die Hälfte der unter 30-Jährigen Beschäftigten angibt, sich nach der Arbeit leer und ausgebrannt zu fühlen. Sie glauben nicht, unter den gegenwärtigen Arbeitsanforderungen bis zur Rente durchzuhalten.
Quelle: DGB

Siehe dort auch die Zugriffsmöglichkeiten auf die Zusammenfassung und die Langfassung der Studie.

10. **Köhler knöpft sich Manager vor**
Breitseite vom Bundespräsidenten: Horst Köhler hat Wirtschaftslenker davor gewarnt, mit übertriebenen Gehaltsforderungen den sozialen Frieden im Land zu gefährden. Der Präsident geht noch weiter: Er fordert, die Arbeitnehmer an Ertrag und Kapital von Unternehmen zu beteiligen.
Quelle: SZ

***Anmerkung:** Dazu schreiben die Oeffinger Freidenker: Der Investivlohn ist mit Sicherheit das Letzte, was Deutschlands "durchschnittlichen" Arbeitnehmern (die ja gerade von Merkel auch wider Willen als Kronzeugen bemüht werden) in irgendeiner Art und Weise die klaffende Schere zwischen Arm und Reich in der BRD zu schließen hilft. In Wirklichkeit wird die Schere dadurch eher weiter aufgehen. So bringen die Arbeitnehmer nicht nur ihre Arbeit in die Unternehmen ein und helfen die überzogenen Managergehälter finanzieren, nein, sie leihen den gleichen Unternehmen auch noch gleich ihr Geld und machen diese für ihr eigenes Outsourcing flüssig. Und wenn die nächste Krise kommt, die die Arbeitnehmer aufgrund mangelnder Kenntnis*

des Finanzmarktes weder vorhersehen noch beherrschen können und sich dann neben der (privatisierten) Altersvorsorge und der (privatisierten) Krankenversicherung auch noch die (schon immer privaten) Löhne im Nirvana auflösen.
Quelle: Oeffinger Freidenker

Zur Mahnung Köhlers an die Manager passt:

Zahltag für Porsche-Manager
Das Jahresgehalt der sechs Vorstände summiert sich auf mehr als 112 Millionen Euro. Diese Summe dürfte selbst Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann beeindrucken: Genau 112,7 Millionen Euro haben die sechs Mitglieder des Vorstands des Sportwagenherstellers Porsche im abgelaufenen Geschäftsjahr verdient. Rechnerisch kommt damit jeder einzelne von ihnen auf ein Jahresgehalt von 18,8 Millionen Euro.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unseres Lesers Sassenburger:
Wir haben 613 Bundestagsabgeordnete, die ab 01.01.2008 jeweils 7339,- Euro monatliche Abgeordnetenentschädigung bekommen (zzgl. Aufwandspauschale). Rechnen wir einmal:

613 x 7.339,- Euro x 12 Monate = 53.985.684,- Euro
Ergebnis: Die 6 (!) Vorstände bekommen mehr als doppelt soviel Geld wie alle 613 Bundestagsabgeordnete zusammen.

11. **Riester-Rente**
    - **Wie die Anhänger der Aktiengeldanlage die Riester-Rente beurteilen**
      Der Vorteil der Riesterrente ist, dass Sie bei der Auszahlung mindestens Ihre Einzahlungenm, abzüglich der über 30ig Jahre angefallenen Verwaltunskosten ! wieder ausbezahlt bekommen. Allerdings könnten Sie unter dieser Annahme, dass es keine Wertsteigerung gibt, Ihre Sparraten über 30ig Jahre lang auf ein Tagesgeldkonto mit ca. 2.5% Zins einzahlen. Dadurch wären sie flexibel mit der Entnahme, auch dann wenn Sie komplett auf Ihr Vermögen zugreifen möchten. Grundsätzlich kann man sagen, dass Sie zu Beginn auf jeden Fall eine steuerlichen Zuschuss erhalten, der das Anlageprodukt erstmal interessant erscheinen lässt. Aber die Erträge müssen am Ende versteuert werden (nachgelagerte volle Versteuerung).
      Bei 4% – 7% Rendite, minus einer realen Inflation von 2% – 3%, minus Steuer ist das kein sehr gutes Geschäft mehr. Besserverdienende haben durch die Besteuerung erhebliche Nachteile im Rentenalter. Unter Umständen zahlen Sie

als Rentner mehr Steuern zurück als Sie durch die Förderung erhalten haben!
Fazit: Sie können bei der Anlage Ihres Geldes mit Riesterprodukten NICHT davon ausgehen, dass Sie über einen Zeitraum von 20 oder 30 Jahren eine (Nachsteuer)Rendite erwirtschaften können, die vergleichbar ist mit der langfristigen Investition in kostengünstige Indexaktien.
Quelle: smarTER Investieren

Dazu:

- **Für alle 'Riester'-Produkte gilt, dass die Rendite unbekannt ist**
  Leider klingt manche Werbung so als ob es eine garantierte Rendite gäbe. Gibt es aber nicht. Versicherungs-Gesellschaften garantieren bei bestimmten 'Riester'-Produkt-Modellen (nicht bei allen!), dass der Sparanteil der Beiträge mindestens mit 3,25% p.a. verzinst wird. Diese Garantie-Verzinsung ist aber etwas anderes als das, was unter einer garantierten Rendite zu verstehen ist.
  Alles ist variabel: Kosten, Sparanteil, Gewinne Da die Kosten eines 'Riester'-Produktes nicht fixiert, sondern variabel sind, ist auch der Sparanteil der Beiträge variabel. Personal-Kosten, Büromieten, Werbekosten, und so weiter, alles sind variable Kosten. Hat eine Versicherungs-Gesellschaft in einem Jahr hohe Kosten, fällt der Sparanteil geringer aus und es fließt weniger Geld in die Kapitalanlage. Und umgekehrt.
  Sind die Kosten variabel, ist auch der Sparanteil der in die Kapitalanlage fließt, variabel, denn der Sparanteil ist das, was nach Abzug der variablen Kosten übrig bleibt.
  Wegen der Variabilität der Kosten und des Sparanteils wird nicht jedes Jahr der gleiche Betrag mit dem garantierten Mindest-Zinssatz von 3,25% pa.a. verzinst. Und deshalb weiß niemand – kann niemand wissen – was genau am Ende dabei herauskommt. Und wenn man es nicht weiß, kann man die Rendite nicht garantieren. Garantierte Rendite würde voraussetzen, dass bei Abschluss des Vertrages alle Kosten für die gesamte Laufzeit genau bekannt und fixiert sind.
  Quelle: Versicherungsriese.de

Siehe auch:

- **Eigenbeitrag ist nicht gleich Eigenbeitrag**
  Die Höhe der erzielbaren Rendite ist für den Anleger ein wesentliches Kriterium für die Auswahl einer konkreten Kapitalanlage. Der Wirtschaftstheoretiker Klaus Jaeger hat nun die gängigen Methoden der Ermittlung von Renditen bei der so genannte Riester-Rente untersucht und festgestellt, dass diese Renditen in der

Regel zu hoch ausgewiesen, methodisch unkorrekt und derart berechnet werden, dass ein Vergleich mit den Renditen von Alternativanlagen praktisch unmöglich erscheint.
Quelle: Freie Universität Uniprotokolle

12. **Speicherung von Videodaten – Opposition fühlt sich geleimt**
Klammheimlich hat die Koalition das Gesetz zur Speicherung von Videodaten verschärft.
Quelle: FR
13. **Neuaufbruch der Grünen in der Sozialpolitik?**
Wer die grüne Debatte über den Umgang mit den Armen und ihrer Armut verfolgt, findet eine seltsame Leerstelle: Die Ursachen der Armut sind kein Thema. Dies gilt sowohl für die Seite der "bedarfsorientierten Grundsicherung" als auch des "bedingungslosen Grundeinkommens".
Eine Debatte, die diese Änderungen der Arbeitswelt ausblendet, greift zu kurz. Ohne den Blick auf diese Ursachen der Armut bleibt der Abschied von der Politik der Agenda 2010 unvollendet. Die Armut, der Grundsicherung und Grundeinkommen begegnen wollen, ist ein Resultat "der Marktwirtschaft". Die Frage ist: Will man die Armut verwalten oder die Armut bekämpfen? Für Letzteres würde etwas mehr Kapitalismuskritik der Debatte ganz guttun.
Quelle: taz
14. **Informationen zum schwedischen Steuersystem**
Die schwedische Staatsquote ist eine der höchsten in der EU. Im Jahr 2005 lag sie bei 51,3 % des BIP (EU-27 37,4 %). Schweden ist neben Dänemark der einzige Staat, dessen Staatsquote die 50 %-Marke übersteigt. Die Größe des öffentlichen Haushaltes kann teilweise dadurch erklärt werden, dass in Schweden, im Vergleich zu vielen anderen Ländern, auch Transferleistungen besteuert werden. Die tragende Säule des schwedischen Steuersystems bilden direkte Steuern und dabei vor allem die persönliche Einkommensteuer.
Quelle: FES [PDF – 116 KB]

Anmerkung: *Die Mitte-Rechts-Regierung, die seit September 2006 im Amt ist, scheint jedoch einen Bruch mit der bisherigen konsequenten egalitären Wohlfahrtsstaatlichkeit herbeiführen zu wollen.*

15. **Europa und China im Währungsdialog**
Die Dollarkrise betrifft Europäer und Chinesen gleichermaßen. Sie verteuert den Euro und die europäischen Exporte und lässt Trichet in jeder Form der Euro-Aufwertung ein

Handelsproblem erkennen. Das gilt vor allem für den Handel mit China, das in den ersten acht Monaten des Jahres einen Rekordhandelsüberschuss von 70 Milliarden Euro mit der EU einfuhr. “Die neuen Märkte sind das Evangelium der Weltwirtschaft und müssen mehr Verantwortung übernehmen”, sagte Trichet auf seinem Weg nach Peking. Die EU fürchtet eine weitere Abwertung des chinesischen Yuan im Zuge des immer dramatischeren Dollarverfalls. Der Yuan-Kurs ist bisher lose an den Dollar gekoppelt und hat deshalb in diesem Jahr schon 7 Prozent gegenüber dem Euro nachgegeben. Das macht chinesische Exporte nach Europa billiger und umgekehrt europäische Exporte nach China teurer.
Sieht man den Wechselkursstreit im Kontext der Handelsungleichgewichte, ist China für seine Überschüsse verantwortlich und muss aus westlicher Sicht aufwerten – genauso wie die USA im Zuge des Dollarverfalls ihre Handelsdefizite abbauen können. Sieht man den Kursstreit dagegen im Rahmen einer stabilitätsorientierten Weltfinanzpolitik, muss es vorrangig um das allen gemeinsame Interesse der Inflationsbekämpfung gehen. Dafür aber wäre eine Yuan-Aufwertung kontraproduktiv, denn China würde höhere Exportpreise an die Industrieländer weitergeben.
Quelle: taz

Anmerkung: *Irgendwie komisch: Die Exportüberschüsse des Exportweltmeisters Deutschland sind gut, und weil diese auf den Euroraum ausstrahlen, steigt der Wert des Euros gegenüber dem Dollar, weil die EZB nicht eingreift, sogar weit über die Kaufkraftparitäteten.*
Die Exportüberschüsse des Export-Vize-Weltmeisters China sind schlecht, weil der Yuan durch Intervention der chinesischen Zentralbank (Aufkauf von weit über einer Billion Dollar) sich an den Dollar koppelt. Geschähe diese Intervention der Chinesen nicht, würde der Dollar noch mehr abrutschen und der Yuan würde höher bewertet. Warum dadurch die Inflation in Europa angetrieben würde, kann eigentlich nur unsere notorisch nur auf die Geldwertstabilität schielenden europäischen Zentralbanker umtreiben. Normalerweise würden damit chinesische Produkte zwar teurer, aber dann auch weniger nachgefragt.

16. **Neues im Charité-Millionen-Skandal**
Nach Informationen der Berliner Zeitung nutzt der Helios-Konzern im Bucher Klinikum auch Großgeräte der Charité, zum Beispiel Magnetresonanztomografen (MRT), Hyperthermie- sowie Bestrahlungsgeräte, offenbar ohne der Charité die sich auf jährlich mehrere 100 000 Euro belaufenden Nutzungs- und Wartungskosten zu erstatten. Wie mehrfach berichtet, setzt das Helios-Klinikum in Buch seit 2001 Mitarbeiter der Charité systematisch in der Krankenversorgung ein, obwohl sie aus

Forschungsmitteln des Landes bezahlt werden.
Quelle: Berliner Zeitung

17. **Bildungsgewerkschaft zur IGLU-Studie**
„Die guten Leseleistungen der zehnjährigen Grundschüler zeigen: Deutschland könnte zur internationalen Bildungselite gehören, wenn der Unfug mit der frühen Aufteilung der Kinder in unterschiedlich anspruchsvolle Schulformen endlich aufhörte und die Grundschullehrkräfte bei der individuellen Förderung der Kinder besser unterstützt würden“, kommentierte Marianne Demmer, Vize-Chefin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Ergebnisse der IGLU-Studie 2006, die heute in Berlin veröffentlicht worden ist.
Die Grundschule sei die einzige wirkliche Gesamtschule in Deutschland. Sie habe ihre gute internationale Position auch beim zweiten IGLU-Test behaupten und sogar noch etwas ausbauen können.
Quelle: GEW
18. **Rürup: „Irgendwann wird man zur Gesamtschule kommen müssen.“**
Deutschland steuert nach den Worten des Wirtschaftsweisen Bert Rürup auf ein makroökonomisches Problem zu. Weil die Zahl der Erwerbstätigen zurückgeht, die Zahl der Pensionäre aber steigt, müssten die Beschäftigten im Jahr 2035 15 Prozent mehr leisten, um die gleiche Menge an Konsum- und Investitionsgütern pro Kopf der Bevölkerung zu produzieren. Die nötige Qualifizierung der Arbeitskräfte lässt aber zu wünschen übrig. Ältere und insbesondere Geringqualifizierte würden sich zu wenig an Weiterbildung beteiligen, bemängelte der Wirtschaftsweise. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) bewegt sich auch dadurch die Weiterbildungsteilnahme in Deutschland nur im europäischen Durchschnitt.
Quelle: Zweiwochendienst

Anmerkung: *So richtig Rürup damit liegt, dass in Deutschland die Bildungspotentiale durch soziale Auslese zu wenig ausgeschöpft werden, so unqualifiziert ist seine Aussage, dass die Beschäftigten um 15 Prozent mehr leisten müssten um pro Kopf die gleiche Gütermenge zu produzieren. Hat er nichts vom technischen Fortschritt gehört, der dies Produktivitätssteigerung locker erreichen könnte.*